

Medienmitteilung NAF

Mittwoch, 17. April 2013

## **Nationalrat stärkt die Fristenregelung**

**Der Verein „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“ nimmt erfreut zu Kenntnis, dass der Nationalrat die Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ deutlich ablehnt und sich aus allen Fraktionen Stimmen klar gegen diese absurde Initiative erheben. Diese Initiative aus christlich fundamentalistischen Kreisen will, dass Frauen die Abtreibungen selber bezahlen. Angeblich will man damit die ausufernden Kosten im Gesundheitswesen in den Griff bekommen. Diese Aussage ist falsch und scheinheilig. Denn die InitiantInnen wollen aus ihrer weltanschaulichen Sicht heraus, dass dieser Eingriff in Zukunft nicht mehr von der Grundversicherung übernommen werden soll. Das Schweizer Stimmvolk hat 2002 mit 72 % Ja-Stimmen die Fristenregelung klar angenommen. Diese Vorlage beinhaltet auch die Zahlungspflicht der Krankenversicherung im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs.**

Das finanzielle Argument der möglichen Ersparnisse ist haltlos und entbehrt jeglicher Grundlage. Denn erstens wird die männliche Verantwortung bei einer ungewollten Schwangerschaft völlig ausgeblendet und zweitens sind es wohl kaum die 7 Mio. Franken, die unser Gesundheitssystem sanieren werden.

Der partei- und organisationsübergreifende Verein „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“ wehrt er sich gegen die Infragestellung eines absolut eindeutigen Volksentscheides. Andererseits bekämpft er die Diskriminierung der Frauen, die sich ergibt, wenn die Männer aus der finanziellen Mitverantwortung für Schwangerschaftsabbrüche entlassen werden. Hinzu kommt, dass die Initiative den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für finanziell bzw. sozial benachteiligte Frauen stark erschweren und damit ihre Gesundheit gefährden würde. Die Fristenregelung hat sich bewährt. Die Schwangerschaftsabbruchrate der Schweiz ist die niedrigste in ganz Europa.

### **Kontakte**

- + Babette Sigg, Präsidentin „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“, Präsidentin CVP Frauen Schweiz, 076 373 83 18
- + Yvonne Feri, Vize-Präsidentin „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“, Präsidentin SP Frauen Schweiz; 079 781 20 43
- + Katharina Prelicz-Huber, Vize-Präsidentin „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“, Präsidentin Grüne Frauen Schweiz, 076 391 79 15
- + Carmen Walker Späh, Vize-Präsidentin „Nein zum Angriff auf die Fristenregelung“, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz, 079 575 67 66